„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier.

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

21. Jahrgang. | 16 Seiten. | Regina, Sask., Mittwoch, den 25. Januar 1928. | 16 Seiten. | Nummer 12.

Die canadisch-russische Frage

Konvention der Vereinigten Farmer von Alberta fordert Verständigung mit Moskau

Lebhafte Besprechung der Getreidegradierung

Präsident Wood berichtet starken Rückgang der Farmerpartei in Alberta

Calgary, Alta. — Die Jahresversammlung der Vereinigten Farmer von Alberta fand hier in der letzten Woche statt. Etwa 1500 Delegaten und Gäste hatten dem Rufe der Farmerpartei von Alberta Folge geleistet. Die Konvention wurde offiziell von Leutnant-Gouverneur William Egbert eröffnet, worauf zwei Präsidentenansprachen gehalten wurden, eine von H. W. Wood, und eine von Frau R. W. Gunn. Letztere sprach im Namen der Vereinigten Farmerfrauen von Alberta.

Aus der Rede des Präsidenten Wood ging hervor, daß in der Mitgliederzahl in den letzten sechs Jahren ein bedeutender Rückgang zu verzeichnen ist. Im Jahre 1921, als die Organisation auf ihrer Höhe stand, zählte sie 37,721 Mitglieder, während sie im Jahre 1927 nur noch 11,589 hatte. Damit ist der niedrigste Stand seit dem Jahre 1916 erreicht. Wood meinte, es gäbe noch 40,000 Farmer in Alberta, die der Organisation nicht die nötige aktive Unterstützung zuteil werden ließen; in diesem Nachlassen des Interesses erblickt der Präsident eine ernste Gefahr für die Farmerbewegung von Alberta.

Im weiteren Verlauf seiner Ansprache behandelte Wood die bisherige Tätigkeit der Vereinigten Farmer unter besonderer Berücksichtigung des politischen Gebietes. Er bedauerte ferner, daß die U.F.A. (Ver. Farmer von Alberta) nicht die Tätigkeit des Weizenpools in Alberta kontrollieren können. Immerhin seien die Farmer stark am Pool interessiert und die Ergebnisse seien bis jetzt günstig gewesen, aber die Ablenkung der Farmerbetätigung auf den Pool habe zur Abnahme der Mitgliederzahl in der U.F.A. geführt.

Ein wichtiger Punkt der Konventionsverhandlungen war

die Frage der Getreidegradierung.

Die Versammlung erklärte mit überwältigender Mehrheit ihren Widerspruch gegen die Einführung von Maßnahmen, die zu einer Herabminderung des Standards des canadischen Weizens auf den Weltmärkten führen könnten. Vor der Abstimmung erklärten J. D. Fraser, der Chef der westlichen Getreideinspektions-Division, und James Robinson, ein Mitglied der Behörde der Getreidekommissäre, ausführlich die Systeme der Getreideinspektion. Nahezu drei Stunden lang wurden die beiden Beamten mit Fragen bombardiert und aufgefordert, der Konvention zu erklären, wie die Getreidegrade festgesetzt werden, warum Getreide vom nämlichen Feld verschiedene Grade ergäbe, worin die Vorteile des Trocknens bestehen, wie die Ergebnisse der Nachinspektionen seien, wie sich das Getreidemischen hinsichtlich der Bewertung des canadischen Produktes auswirke, usw.. Behauptet wurde, die wichtige Aufgabe der Weizeninspektion werde in die Hände von unfähigen Leuten gelegt, und das Verlangen wurde gestellt, daß die Inspektoren lediglich aus den Reihen der landwirtschaftlichen Bevölkerung entnommen werden. Fraser betonte daraufhin, daß die Inspektoren vor ihrer Ernennung sich einer sehr strengen Prüfung unterziehen müßten, wie ein Beispiel beweise, als von 56 Anwärter nur 12 die Probe bestanden hatten. Natürlich könnten, da die Getreideinspektion in erster Linie eine Sache des persönlichen Urteils sei, wie bei allem Menschenwerk ab und zu Irrtümer vorkommen. Die Inspektion sei lediglich von den Bestimmungen des canadischen Getreidegesetzes geleitet. Fraser bedauerte ferner die wachsende Zahl von Getreidesorten, die in Canada produziert werden. Vor fünfzehn Jahren, als die Zahl der Sorten geringer war, sei der Weizengrad beträchtlich höher gewesen als heute. Er meinte, ein Halbduzend Sorten sei vollkommen genügend. Der Garnetweizen habe vom Standpunkt des Vermahlens aus nicht die auf ihn gesetzten Erwartungen erfüllt. Der andere Redner, Robinson, warnte die Delegaten vor jeder übereilten Aktion hinsichtlich des canadischen Getreidegesetzes; sonst könnten ernste Folgen daraus entstehen. Das canadische Gradierungssystem stehe weit über den Systemen aller Länder, die mit Canada konkurrierten. Durch die Gradierungsklagen werde das Vertrauen der europäischen Käufer zum canadischen Weizen erschüttert. Es gäbe gegenwärtig 573 anerkannte Weizengrade. Nehme man zu ihnen noch die „toughs" und „damps" hinzu, so gelange man zu 1700 Graden. Dieser Zustand sei den schlechten Farmverhältnissen und dem ungünstigen Wetter zuzuschreiben.

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung, der zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen führte, war

die Frage des Verhältnisses Canadas zu Sowjetrußland.

Verschiedene Einzelfragen wie britische Reichseinheit, nationale Autonomie und Weltfriede wurden im Zusammenhang damit angeschnitten. Verschiedene Redner griffen die canadische Regierung in Ottawa an, weil sie die Beziehungen zu Rußland abgebrochen habe, nur um die Aktion der britischen Regierung zu unterstützen. Durch Einschlagung dieses Kurses habe die canadische Regierung Canada auf die Stufe einer Kolonie herabgesetzt.

J. D. Bowlen von Calgary meinte, es handle sich hier nur um eine Geschäftsfrage. Die Pferdezüchter von Alberta seien durch den Abbruch der Beziehungen mit Sowjetrußland außerordentlich schwer betroffen worden; nur um diesem Mißstande abzuhelfen, trete man für die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen ein.

Karl Arelson von Bingville behauptete, von den Großmächten der Welt werde ein organisierter Boykott gegen Rußland unternommen. Die canadischen Farmer seien mit Vertretern Sowjetrußlands hinsichtlich der Frage der genossenschaftlichen Weizenvermarktung bereits in freundschaftlichen Meinungsaustausch getreten. Eines Tages werde Canada durch wirtschaftlichen Druck dazu gezwungen werden, den Weg nach Moskau zu gehen. Es obliege den Farmern, diese Aufgabe nicht durch Errichtung von Hindernissen zu erschweren.

Als die Debatte über die canadisch-russische Frage in dieses bedenkliche Fahrwasser geraten war, ergriff der Landwirtschaftsminister von Alberta, Hon. George Hoadley das Wort und betonte, die Resolution beziehe sich in keiner Weise auf die ernste Frage der Annahme oder Verwerfung der politischen Grundsätze Sowjetrußlands. Verhandlungen seien bereits zwischen der britischen Regierung und Rußland eingeleitet worden, um die strittigen Fragen zu lösen. Die Russen seien ferner bemüht, in London eine Anleihe aufzunehmen, mit der sie den Handel mit dem britischen Reiche lebhafter gestalten möchten. Wenn die Russen diese Anleihe erhielten, würden sie wieder ein wichtiger Kunde Canadas werden, was vom Geschäftsstandpunkt aus sehr erwünscht sei. Auf diese Rede hin wurde die diesbezügliche Resolution einstweilen zurückgestellt.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen tauchte die canadisch-russische Frage jedoch wieder auf. G. Johnson, Calgary, brachte einen Antrag auf Anerkennung Sowjetrußlands ein, worin die canadische Regierung aufgefordert wird, mit Rußland wieder Verhandlungen anzuknüpfen und die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu erneuern. Johnson behauptete, der Abbruch der Beziehungen mit irgendeiner Nation sei ein gefährlicher Schritt. Eine solche Entwicklung sei im allgemeinen die Vorbereitung zu einem Krieg; daher hätten die canadischen Bürger das volle Recht, von ihrer Regierung eine genaue Erklärung bezüglich des tatsächlichen Grundes für den Abbruch zu verlangen. Auch sonst wurden noch ähnliche scharfe Stimmen laut, bis schließlich die Resolution angenommen wurde.

Unter den weiteren Entschließungen war eine, die sich besonders auf die Einwanderungsfrage bezog und die Einwanderungspolitik der canadischen Regierung kritisierte. Eine größere Sorgfalt bei Auswahl der Auswanderer wurde verlangt.

Die Konvention lehnte mit überwältigender Mehrheit eine Entschließung ab, welche die Einrichtung eines Zwangsweizenpools forderte.

Neuer Reichswehrminister

Präsident von Hindenburg ernennt General Gröner

Regierungsgelder für deutsche Filmindustrie

Berlin. — Reichspräsident von Hindenburg hat Wilhelm Groener als Nachfolger des zurückgetretenen Reichswehrminister Geßler bestätigt.

General Groener hatte während des Krieges die Leitung der Eisenbahntruppen und Bewegungen inne und führte nach dem Waffenstillstand mit Hindenburg zusammen die Armeen nach Deutschland zurück, worauf er seinen Abschied nahm. Im März 1920 jedoch stellte er sich erneut der Regierung zur Niederwerfung des Kapp-Putsches zur Verfügung und hatte danach unter den Kanzlern Fehrenbach, Wirth und Cuno das Reichsverkehrsministerium inne, bis er 1923 zurücktrat. Er hat niemals aktiv an politischen Streitigkeiten teilgenommen. Er ist der erste berufsmäßige Soldat, der den Posten eines Reichswehrministers bekleidet; seine Vorgänger Gustav Noske und Otto Geßler, der übrigens der dienstälteste aller deutschen Minister war, waren bekanntlich Zivilisten.

Wehrministerium und Filmindustrie

Berlin. — Kanzler Marx erregte großes Aufsehen durch die Ankündigung im Reichstag, daß das Wehrministerium einen „geschäftlichen Handel" mit einer Filmgesellschaft abgeschlossen habe. Der Kanzler sagte, das betreffende Geschäft müsse mißbilligt werden und es seien Maßnahmen nötig, um künftig einen derartigen Vorfall zu verhüten. Dieses Geschäft habe die geheimen Fonds des Wehrministeriums völlig erschöpft.

Zeitungen wiesen unlängst darauf hin, daß ein Handel zwischen dem Ministerium und der Phoebus-Filmgesellschaft stattgefunden habe. Marx entlastete teilweise die Teilnehmer an dem Handel, welche dem Ministerium angehörten. Sie gewährten, sagte er, der Gesellschaft finanzielle Hilfe, um die damals drohende Gefahr abzuwenden, daß ausländisches Kapital in die deutsche Filmindustrie eindringt. Im Ganzen gab das Ministerium, wie Marx sagt, der Gesellschaft eine Unterstützung von 6,000,000 Goldmark ($1,428,000). Marx bemerkte, der Handel koste der Regierung 675,000 Mark, ließ aber durchblicken, daß der schließliche Verlust größer werden kann.

Marx bestritt, daß das gegenwärtige Ministerium eine Verantwortung treffe, denn der Handel wurde im Februar 1926 abgeschlossen. Nach Meinung politischer Kreise erklärte sich Geßlers Rücktritt durch die Enthüllung. Es verlautet jedoch, daß er persönlich an den Verhandlungen nicht teilnahm. Untergeordnete Beamte führten den Plan durch.

Für Bankbandit gehalten und erschossen

Montreal, Que., 21. Jan. — Sidney Harmul, der vom Constabler Bolduk irrtümlicherweise für einen Banditen gehalten und angeschossen wurde, starb im General Hospital. Der unglückliche Zufall trug sich zu, als Armand Robillard, der Manager der Banque Canadienne Nationale, in einem Automobil mit einigen Detektiven sitzend, beim Anblick zweier Männer ausrief: „Das sind die Einbrecher." Er meinte damit Einbrecher, die tags zuvor die Bank um $10,000 beraubt hatten. Die Polizeibeamten stiegen daraufhin aus und befahlen den Männern, die Hände hochzuhalten. Die Männer gehorchten, worauf die Polizisten sie untersuchten. Dem Bericht zufolge steckte Harmul die Hand in die Hosentasche, worauf Konstabler Bolduk in der Meinung, der Mann wolle einen Revolver herausziehen, schoß. Der Schuß drang dem vermeintlichen Einbrecher in den Unterleib; er wurde in kritischem Zustande ins Hospital gebracht, wo er noch in der Nacht seinen Verletzungen erlegen ist.

Durch Hufschlag getötet.

Dauphin, Man., 20. Jan. — Cecil Prince, ein junger Engländer, der erst im Frühling 1927 aus Manchester nach hier kam und auf der Farm von Frank Chute arbeitete, wurde von einem Pferde an den Kopf geschlagen, wobei ihm der Schädel zertrümmert wurde.

Nächste Session in Ottawa

Eisenbahnen für das Peace-River-Gebiet

Andere Fragen des canadischen Parlaments.

Ottawa. — Die Vorbereitungen für die Eröffnung des canadischen Parlaments am nächsten Donnerstag sind in vollem Gange. Die Abgeordneten und Senatoren treffen allmählich in der canadischen Hauptstadt ein, um an der nächsten Session teilzunehmen, deren Dauer sich auf 4 Monate oder auf noch längere Zeit erstrecken wird.

Wie man hört, wird die Thronrede den üblichen Ueberblick über die Lage bringen und gewisse Maßnahmen in Aussicht stellen. Die gesetzgeberischen Arbeiten werden sich besonders auf die Ergebnisse der im Oktober stattgefundenen Interprovinzialen Konferenz stützen. Möglich ist, daß die Fragen der Zuschüsse an die Provinzen und der Zuschüsse für den Straßenbau aufgeworfen werden. Wenn die juristischen Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt werden können, wird wohl auch eine Gesetzesvorlage bezüglich der Naturwerte von Alberta eingebracht werden.

Eine andere Angelegenheit, die die nächste Session beschäftigen wird, ist das Gesellschaftsgesetz, um in dieser Hinsicht eine Uebereinstimmung zwischen den canadischen und provinzialen Maßnahmen herbeizuführen. Ohne Zweifel wird auch das St. Lorenzprojekt erörtert werden, doch ist es fraglich, ob man zu einer gesetzlichen Festlegung gelangt.

Im Zolltarif wird voraussichtlich keine besondere Aenderung eintreten, abgesehen von kleineren Korrekturen.

Größere Geldbewilligungen werden gefordert für die Hudsons Bay-Bahn, für Experimente im Luftpostverkehr und im allgemeinen Flugwesen, sowie für den Ankauf einiger Zerstörer für die canadische Flotte.

Drei neue Mitglieder werden eingeführt, aber der Stand der Parteien bleibt unverändert. Die Konservativen gewannen North Huron von den Progressiven und die Liberalen gewannen Carleton, N. B., von den Konservativen. Maple Creek bleibt liberal. Die diesbezüglichen neuen Abgeordneten sind Spotton, Foster und Bock.

Eisenbahnen für Peace River-Distrikt.

Ottawa. — Von den neuen Eisenbahnvorlagen befassen sich drei mit dem Eisenbahnbau im Peace River-Distrikt in Alberta. Es wird um die Ermächtigung nachgesucht, die Alberta-Peace River- und Pacific-Eisenbahn und die Peace River- und Mackenzie-Eisenbahn zu inkorporieren, während zugleich angestrebt wird, die Bahnlinien bis zur Edmonton-Dunvegan- und Pacific-Eisenbahn auszudehnen. Die Alberta-Peace River und Pacific-Eisenbahn soll von Lethbridge aus westlich bis Macleod laufen, von dort parallel mit der Calgary-Macleod-Linie der C.P.R. nach Calgary und über Lacombe nach Edmonton ausgedehnt werden.

Von der Hauptstadt von Alberta soll die geplante Eisenbahn auf der gangbarsten Route längs des rechten Ufers des Simonette-Flusses bis zu einer Furt des Smoky-Flusses in der Nähe seines Zusammenflusses mit dem Wapitifluß bei Besanson und dann bis Grande Prärie verlaufen. Die Linie wird das Gebirge beim Monkman Paß zum Alzea-See an der C.N.R. in Britisch Columbien überqueren. Die Eisenbahn wird sich in Grande Prärie abzweigen und eine Linie wird in nordwestlicher Richtung gehen bis Pouce-Coupe und von dort bis Hudsons Hope in British Columbien. Dann soll die Bahn weitergeführt werden durch den Pine Paß nach Stewart am Ausgang des Portland-Kanals.

Eine östliche Verbindung wird von Hudsons Hope nach Whitelaw gebaut werden. Diese Zweiglinie wird nördlich bis Fort Vermillion gehen und die Provinzgrenzen bei Hay River überschreiten.

Die Baukosten werden auf $40,000 per Meile in den Präriegebieten und auf $65,000 auf den Gebirgsstrecken berechnet.

Die Peace River- und Mackenzie-Distrikt-Eisenbahn plant eine Linie von Crimshaw an der Edmonton und Dunvegan-Linie in nördlicher Richtung bis Keg River Prairie, in nordöstlicher Richtung nach Fort Vermillion, dann am linken Ufer des Peace River bis Little Rapids zum Salt River, bis zu einer Endstation gegenüber Pointe de Gravois am Slave Lake, nordwestlich von Fort Smith in den Nordwestterritorien. Die Länge der Linie wird 400 Meilen sein.

Großbritannien und Schiedsgerichtsfrage

London. — In einer vom britischen Außenamt veröffentlichten Note, die die britische Regierung dieser Tage an den Völkerbund richtete, werden allgemeine Abkommen über die schiedsgerichtliche Entscheidung von internationalen Streitfragen mißbilligt, aber auf einzelne Gebiete beschränkte Verträge nach dem Muster des Locarnopaktes befürwortet.

Die in der Note ausgedrückten Grundsätze stehen mit den gelegentlich der letzten Ligaratssitzung in Genf von dem britischen Außensekretär Sir Austen Chamberlain und dem britischen Delegaten zum Völkerbund, Lord Cushendun, im Einklang.

In der Note wird ausgeführt, daß die Zeit für ein allgemeines Sanktionssystem für die Erzwingung einer schiedsgerichtlichen Entscheidung von internationalen Streitfragen nicht reif zu sein scheine. Schiedsgerichtsverträge haben keine andere Sanktion hinter sich als die Stärke der öffentlichen Weltmeinung. Irgendeine schiedsgerichtliche Entscheidung, die eine der beteiligten Parteien mit Entschiedenheit ablehnen würde, würde nicht nur die Streitfrage ungelöst lassen, sondern ein Vorurteil gegen das Schiedsgerichtssystem hervorrufen.

Hochofen-Explosion im Saargebiet

Völklingen, Saargebiet. — In den Völklingen Schmelzwerken ereignete sich eine schreckliche Explosion, der sieben Menschenleben, soweit ermittelt ist, zum Opfer gefallen sind.

Ein Hochofen zersprang mit vernichtender Gewalt und flüssiges Metall wurde nach allen Richtungen hin geschleudert. Mehrere Arbeiter wurden von den Metallmassen vollständig überschüttet. Von der Rettungsmannschaft wurden zwei Tote und 16 Schwerverletzte geborgen. Fünf der Verletzten starben im Hospital. Mehrere Arbeiter werden noch vermißt. Die beiden Leichen waren von der flüssigen Metallmasse beinahe zu Asche verkohlt.

Neuer serbischer Prinz.

Belgrad. — Ein Salut von 101 Schüssen begrüßte die Geburt des zweiten Sohnes der Königin Marie und des Königs Alexander von Jugoslawien. Mutter und Kind befinden sich wohl.

Königin Marie von Rumänien wird somit zum dritten Mal Großmutter, ihre beiden anderen Enkel sind König Michael, der 6jährige Herrscher von Rumänien, der Sohn des ehemaligen Kronprinzen Carol, und Pierre, der Kronprinz von Jugoslawien, der am 6. September 1923 geboren wrude.

Legislatur von Saskatchewan eröffnet.

Die sechste Legislatur von Saskatchewan wurde gestern, Dienstag, nachmittag drei Uhr mit den üblichen Zeremonien eröffnet. In der Thronrede, auf die wir in der nächsten Courierausgabe ausführlich zurückkommen werden, wurden die wichtigsten gesetzgeberischen Arbeiten, die der neuen Session vorliegen, in den Grundzügen angedeutet. Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß die Abgeordneten in dieser Session außergewöhnlich stark beschäftigt sein werden. Die meisten Ministerien haben seit vielen Wochen das Fundament für das Gesetzgebungsprogramm vorbereitet.

Wie man hört, sollen Aenderungen im Polizeisystem von Saskatchewan, eine gewisse Art von Kontrolle über die Wasserkraftentwicklung und die Einführung einer Gasolinsteuer geplant sein.

Wegen Spionage verurteilt

London. — Georg Hansen, angeblich ein Deutscher, und Wilfried Francis McCartney, seinem Namen nach ein Irisch-Amerikaner, als Spione der russischen Sowjet-Regierung unter Anklage gestellt, wurden für schuldig befunden und zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Beide Angeklagten sollen besonders bemüht gewesen sein, Einzelheiten über die britische Armee-Einteilung und die britische Luftarmee, resp. das Flugwesen zu erlangen. Die Verhandlung wurde mit Bezug auf das unterbreitete Beweismaterial für so wichtig erachtet, daß sogar das Publikum ausgeschlossen wurde. Die ganze Verhandlung ließ erkennen, daß Sowjet-Rußland nach Ansicht der Richter bemüht ist, die Militärgeheimnisse von Großbritannien zu erlangen.

Trotzkis Verbannung

Drei Gruppen von Regierungsfeinden.

Erste direkte Mitteilung aus Moskau.

(Folgendes Kabelgramm, dessen Uebermittelung von der russischen Zensur verzögert wurde, ist die erste direkte Mitteilung aus Moskau an die Assoziierte Presse über die Verbannung von Leon Trotzki und anderen Führern der Opposition gegen Stalin, den Generalsekretär der kommunistischen Partei. Frühere Nachrichten über die Verbannung der Oppositionsführer, die zumeist auf Gerüchte und indirekte Mitteilungen gestützt waren, gingen der Assoziierten Presse von Berlin und Riga zu.)

Moskau. — Allen Führern der gegen die jetzige politische und wirtschaftliche Richtung der Regierung der Räteunion gerichteten Opposition wurde anbefohlen, Rußland zu verlassen und sich nach entfernten Punkten des Gebietes der Räteunion zu begeben, wo sie für unbestimmte Zeit ihren Wohnsitz aufschlagen müssen. Bei der Zuerkennung ihrer Strafen wurden die Oppositionellen in drei Gruppen eingeteilt — in Unverbesserliche, Reumütige und Unreumütige.

Leon Trotzki, das frühere Oberhaupt der Roten Armee und einst eine angesehene Persönlichkeit im Rate Sowjetrußlands; Christian Rakowsky, früher Botschafter der Räteunion für Frankreich, und Karl Radek, bolschewistischer Journalist, stehen an der Spitze der Unreumütigen. Für diese ist daher eine strengere Bestrafung vorgesehen worden.

Rakowsky und Radek wurden nach Ust-Sysolsk, einer kleinen Stadt im fernen Norden des an die Provinz Archangel angrenzenden Gebietes von Kinw verschickt.

Bei Festsetzung eines zwangsweisen Aufenthaltes für Trotzki ergaben sich Schwierigkeiten, da darauf Rücksicht zu nehmen war, daß er schwindsüchtig ist. Aerzte opponierten dem ursprünglichen Plan, ihn nach Astrachan zu senden, während die Regierung dem Vorschlag der Aerzte, ihm einen Ort im Bezirk Suchum im kaukasischen Gouvernement Kutaris zuzuweisen, opponierte.

In einer Unterredung mit einem deutschen Korrespondenten der Assoziierten Presse, hat angeblich Trotzki, bevor er von Moskau nach Vierny abreiste, erklärt, daß er in den kommenden Parlamentswahlen in Europa eine starke Schwenkung nach Links erwarte. Daraus würden vorerst die Sozialisten, schließlich aber die Kommunisten Nutzen ziehen.

Vierny ist die Hauptstadt der Provinz Semirjetschenisk in Russisch-Turkestan und liegt ungefähr 50 Meilen vom Fluß Ili und in gleicher Entfernung vom See Issyk-Kul in einem sehr fruchtbaren Gebiet. Sie wurde 1855 gegründet und hat nach den letzten zur Verfügung stehenden Zensusergebnissen eine Bevölkerung von 25,000. Die Stadt wird oft von Erdbeben heimgesucht und wurde 1887 durch einen Erdstoß schwer beschädigt.

Leon B. Kamenew, ehemaliger Botschafter der Räteunion für Italien, und Gregory Sinowjew, früheres Oberhaupt der kommunistischen Internationale, haben kürzlich vor dem ganzen Partei ihren Irrtum eingekannt. Kamenew wurde die Provinzstadt Penso in Mittelrußland und Sinowjew die Stadt Wologda im gleichnamigen Gouvernement als zwangsweiser Aufenthaltsort zugewiesen. Beide sind als Mitglieder des staatlichen Erziehungsdepartements beibehalten worden und werden, sobald es das Zentralkomitee für angemessen hält, wieder in ihre vollen Rechte eingesetzt werden.

Die Unverbesserlichen, an deren Spitze Sapronow, der frühere Sekretär des Zentral-Exekutivkomitees steht, wurden schärfer als alle anderen Oppositionsführer gemaßregelt. Alle Angehörigen dieser Gruppe wurden nach verschiedenen Punkten in den abgelegensten Gebieten Sibiriens verbannt.

Die Sapronow-Gruppe, die politisch rechts orientiert ist und kürzlich als gegenrevolutionär erklärt wurde, vereinigte chronische Oppositionelle, die sich allem und jedem widersetzen und schon bei Lebzeiten Lenins die Abschaffung der kommunistischen Internationale, des Regierungsmonopols für den Außenhandel und ähnlicher Einrichtungen der Räteunion verlangten.

Mit Ausnahme der Unverbesserlichen wurden die Verbannten aufgefordert, sich freiwillig nach dem ihnen zugewiesenen Wohnsitz zu begeben, andernfalls sie als Gefangene transportiert werden sollen. Am Bestimmungsort angelangt, werden die Verbannten selbstverständlich unter Oberaufsicht der Politischen Polizei stehen.

Ansiedlung russischer Flüchtlinge

Ausweisung aus der Türkei.

Genf. — Der Völkerbund, welcher bereits eine große Anzahl von Familien russischer Flüchtlinge dem Ausland überwiesen und sie in den latein-amerikanischen Staaten angesiedelt hat, sieht sich vor dem Problem, noch 3000 Flüchtlinge, welche jetzt in Konstantinopel weilen, unterzubringen.

Nach einem türkischen Beschluß müssen alle diese Personen bis zum 1. Februar Konstantinopel verlassen haben. Bis zum Jahre 1921 hatten nicht weniger als 90,000 Russen in der türkischen Metropole eine Heimstätte gefunden, nachdem sie gezwungen waren, ihre engere Heimat zu verlassen, gezwungen durch die militärischen Maßnahmen der Generale Denikin und Wrangel.

Dr. Fritjof Nansen, Oberkommissär des Völkerbundes für die Angelegenheiten der Flüchtlinge, hat mit seinen Bemühungen insofern Erfolg gehabt, als es ihm gelang, diese Leute in verschiedenen Staaten von Mittel- und Südamerika unterzubringen und ihnen dort in Verbindung mit internationalen Arbeitsvermittlungsagenturen Arbeit zu erschaffen. Von einzelnen beteiligten Staaten und amerikanischen und britischen Hilfsorganisationen gestiftete Gelder gaben die Mittel zur Uebersiedlung und ersten Ansiedlung.

Als die Ausweisungen indessen einen immer größeren Umfang annahmen, wurde es nach und nach schwieriger, für diese Leute in fremden Ländern Arbeit zu finden. Der Höhepunkt der Schwierigkeiten wurde im Jahre 1926 erreicht, als auch die Türkei erklärte, daß alle im Lande weilenden russischen Flüchtlinge entweder die türkische Nationalität anzunehmen hätten oder das Land bis zum 1. August 1927 erlassen müßten. Frankreich erklärte, daß es als eine Folge der wirtschaftlichen Situation, welche durch die Stabilisierung des Franken geschaffen wurde, keine weiteren ausländischen Arbeiter mehr aufnehmen könne.

Nur in vereinzelten Fällen war es den russischen Flüchtlingen möglich, die türkische Nationalität anzunehmen. Es erfolgte alsdann eine temporäre Suspendierung der erlassenen Ausweisungsverfügung, die jetzt aber wieder aufgehoben ist, und nunmehr haben alle das Land zu verlassen.

Unter den in Konstantinopel noch zurückgebliebenen Russen befinden sich manche Jazz-Musiker, Tänzer und Tänzerinnen, landwirtschaftliche Arbeiter, Zimmerleute, Seeleute, häusliche Arbeiter und Arbeiterinnen und ausgebildete Kaufleute. Um diese in Südamerika anzusiedeln, sind etwa $100 pro Kopf erforderlich, und die Arbeitsvermittelungsagenturen haben berechnet, daß für die Ansiedlung dieser 3000 Personen und ihre Unterbringung etwa $250,000 erforderlich sind, einschließlich der $75,000, welche für den Transport von etwa 300 Invaliden in Frage kommen. Eine Anzahl dieser 3000 Ausgewiesenen dürfte in Argentinien, Bolivien und Peru unterbracht werden.

Verbot von Kriegsfilms

Paris. — Kriegsszenen können in Wandelbildern nicht länger Verwendung finden. Die französische Regierung hat den Zensor angewiesen, solchen Films seine Gutheißung zu versagen, „weil die schrecklichen Vorkommnisse des Krieges, die soviel Tragik und Elend ins Gedächtnis zurückrufen, nicht für kommerzielle Zwecke ausgebeutet werden dürfen."

Der Zensor hat kürzlich im Rheinland das Vorzeigen einer Reihe von Kriegsfilms verboten, die nach französischer Auffassung anstößig sind. Längst schon ist eine scharfe Ueberwachung über die im okkupierten Gebiet vorgeführten Films durchgeführt worden.

Karolyis beschlagnahmtes Eigentum.

Budapest. — Von dem konfiszierten Eigentum des verbannten ungarischen Grafen Michael Karolyi, welches auf $6,500,000 bewertet wird, sind 60 Prozent für kulturelle Zwecke bestimmt. Den Rest erhalten seine Verwandten. Die Abschätzung des Eigentums kostete $500,000.